

Arbeit an Planung für gemeinsame Sekundarschule jetzt mit Hochdruck



62,17 Prozent der Wähler haben am Sonntag für die neue Sekundarschule gestimmt.

Foto: Wolfram Kastl/dpa

Winterberg. Die Bürgermeister aus Winterberg, Medebach und Hallenberg sind erleichtert über das Ergebnis des Ratsbürgerentscheids zur Sekundarschule.

Es kehrt Ruhe ein im Rathaus Winterberg. Am Tag nach dem Ratsbürgerentscheid, bei dem die Mehrheit der Winterberger Bürger von 62,17 Prozent für eine gemeinsame Sekundarschule mit Hallenberg und Medebach votierte, geht es zum Alltag über. Dazu gehört, dass nun mit Hochdruck die formellen Schritte für die Anmeldung dieser Schulform auf den Weg gebracht werden.

Diese Vorbereitungen lagen in Winterberg seit Monaten auf Eis, während Hallenberg und Medebach quasi als Vorsichtsmaßnahme an einer eigenen Sekundarschule für die beiden Städte gearbeitet hatten, um die am Dienstag ablaufende Anmeldefrist bei der Bezirksregierung nicht zu versäumen.

Die Bezirksregierung Arnshagen wurde Montagmorgen umgehend über die Entscheidung der Bürger informiert, dass die Sekundarschule Medebach-Winterberg im nächsten Sommer an den Start gehen kann. Die Reaktionen am Tag danach:

Die Bürgermeister: „Im Nachhinein ein Fehler“

Alle drei Bürgermeister zeigten sich deutlich erleichtert, dass der Beschluss aus dem Sommer für eine gemeinsame Sekundarschule von den Winterberger Bürgern bestätigt wurde.

Werner Eickler, Thomas Grosche und Michael Kronauge waren positiv überrascht von dem klaren Ergebnis und der für einen Ratsbürgerentscheid überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung. „Wir sollten jetzt alle gemeinsam nach vorne gucken und so schnell wie möglich mit den Schulleitern ein gutes pädagogisches Konzept für beide Schulstandorte auf die Beine stellen, das die Eltern überzeugt.“

Arbeit an Planung für gemeinsame Sekundarschule jetzt mit Hochdruck

In den letzten Monaten gab es immer wieder Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema, das im April durch Recherchen der WP öffentlich geworden war. Würden die Städte in der Rückschau heute einen anderen Weg gehen? „Nicht selbst an die Öffentlichkeit gegangen zu sein, hat sich im Nachhinein als Fehler erwiesen“, sagte Michael Kronauge, Bürgermeister der Stadt Hallenberg.

Kommentar von Rita Maurer

Den Bürger mitnehmen – von Anfang an

Eine gute Schule besteht nicht nur aus den Mauern, aus denen sie gebaut ist. Eine gute Schule besteht insbesondere auch aus den Menschen, die dort unterrichten und unterrichtet werden.

Sie lebt von den pädagogischen Werten und Schwerpunkten, die gesetzt werden. Diese weichen Faktoren bleiben, sie sind nicht an Orte gebunden und bei der Diskussion in den letzten Monaten fast komplett ins Hintertreffen geraten.

Beim Ratsbürgerentscheid haben die Beteiligten beider Seiten verloren: Zeit, Geld, teilweise Glaubwürdigkeit und vor allem Energie.

Die öffentliche Auseinandersetzung, die manches Mal erschreckend unter die Gürtellinie ging, hat Wunden geschlagen.

Und hoffentlich wurde auch etwas gewonnen – nämlich die Erkenntnis, dass so wichtige und emotionale Themen nur von den Menschen mitgetragen werden, wenn sachlich und transparent miteinander umgegangen wird.

Die Bürger haben sich mehrheitlich für eine gemeinsame Sekundarschule entschieden. Wenn es den Gegnern dieser Schulform tatsächlich stets um die Sache und nicht gegen Personen ging, sollte diese demokratische Entscheidung jetzt akzeptiert werden.

Denn eins geht sonst garantiert verloren: Das Vertrauen der Eltern und damit eventuelle Anmeldungen. Denn diese entscheiden letztlich über die Zukunft jeder Schule, nicht die Politik.

Der Ärger in der Bevölkerung darüber sei verständlich, sind sich die drei Bürgermeister einig. Sie betonen jedoch auch, dass sie nach der Nachricht der Bezirksregierung, die zu geringen Schülerzahlen der Verbundschulen nicht länger zu tolerieren, selbst erst mit den Ratsmitgliedern und Schulleitern von unzähligen Fragen überrollt worden seien, auf die erst Antworten gefunden werden mussten. „Wir sind sicher, dass wir auch mit einem anderen Weg zum gleichen Ergebnis einer städteübergreifenden Sekundarschule gekommen wären.“

Arbeit an Planung für gemeinsame Sekundarschule jetzt mit Hochdruck

Die Bürgerinitiative behält sich rechtliche Schritte vor

Noch im Ratssaal teilte Sebastian Vielhaber von der Bürgerinitiative am Sonntagabend nach der Auszählung mit, das Ergebnis in Ruhe gemeinsam analysieren und sich eventuelle weitere Schritte vorbehalten zu wollen. Ob einige Eltern an ihren beabsichtigten Klagen festhalten würden, sei noch offen.

Frank Kräling als einer der neun Aktiven der Bürgerinitiative hatte am Samstag angekündigt, unabhängig vom Wahlausgang ebenfalls eine private Klage gegen ein von der CDU-Fraktion in alle Winterberger Haushalte verteiltes Info-Blatt mit der Aussage „Garantiert: kein Winterberger Kind muss nach Medebach!“ prüfen zu lassen. Dieses Info-Blatt der CDU war ein Konter auf eine Postwurfsendung der Bürgerinitiative, in der betriebswirtschaftlich nicht korrekte Zahlen genannt worden waren.

Eine derartige Garantie sei in seinen Augen nicht von den Freiheiten der Wahlwerbung gedeckt und stelle einen groben Verstoß gegen die öffentlich rechtlichen Aufgaben des Rates dar, so Kräling. Gestern nahm er jedoch in einem offenen Brief Abstand von diesem Vorhaben. Er halte die Garantie zwar weiterhin für unseriös und juristisch anfechtbar, werde das Thema aber nun beenden, obwohl er sich persönlich angegriffen fühle.

Rita Maurer